

## **Wirtschaftspolitischer Neustart der SPD**

### **Von Gustav A. Horn**

1. „Wir werden in Zukunft unsere Freiheit stärker verteidigen müssen als in der Vergangenheit“ (Sigmar Gabriel im SPIEGEL) .
2. Die nächsten Jahre werden geprägt sein, von harten Auseinandersetzungen um den Fortbestand einer liberalen und weltoffenen Demokratie geprägt sein.
3. Dieser Kampf hat auch wirtschaftspolitische Dimensionen. Nationale Abschottung versus Offenheit. Hierzu wird sich auch die SPD klar zu verhalten haben.
4. Diese Auseinandersetzung trifft die SPD in einer schwierigen Phase. Besonders wirtschaftspolitisch. Seit Jahren ist eine eigenständige wirtschaftspolitische Strategie der SPD nicht mehr wahrnehmbar. Seit der Agenda 2010 ist die SPD im öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs nicht mehr präsent und diese hat zu einem massiven Vertrauensverlust bei ihren Wählern und sogar den eigenen Mitgliedern geführt.
5. Die wirtschaftspolitische Nähe zur CDU schadet der SPD zusätzlich. Vermutete Kungelei ist ein Wahlmotiv für populistische Parteien.
6. Zeit für einen Neustart. Mein Horizont sind nicht die Sondierungs- oder Koalitionsverhandlungen, sondern die nächsten Jahre. Diese Erneuerung muss unabhängig von der Regierungsbeteiligung der SPD stattfinden.
7. „Die Rettung, in Regierung oder Opposition, ist eine Politik, die den Leuten wieder klarmacht, wofür die Sozialdemokratie steht.“ (Heribert Prantl SZ online vom 15.01.)
8. Ausgangspunkt meiner Überlegungen sind unsere Grundwerte und die großem zivilisatorischen Erfolge, die die Sozialdemokratie erzielt hat. Sie hat in der Vergangenheit gezeigt, dass soziale Risiken wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit durch gesellschaftliches Handeln in humaner Weise getragen werden können und die Basis für eine wirklich – nämlich auch von sozialer Not freie Entfaltung - der Persönlichkeit ist. Sie hat erfolgreich gezeigt, dass wirtschaftliche Dynamik sich erst richtig entfalten kann, wenn ein modernes Angebot öffentlicher Güter die Basis für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln legt.

9. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat auf diese Weise die Moderne gestaltet und die Basis für postmodernes Leben gelegt.
10. Zu allererst muss die SPD den Fokus ihrer Wirtschaftspolitik ändern. Vielfach wird Wirtschaftspolitik als Politik für Unternehmen verstanden. Folglich ist die Unternehmenslogik prägend für viele Sichtweisen und Maßnahmen (Agenda 2010 und Wettbewerbsfähigkeit).
11. Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sollte sich aber als Politik für die Bürger verstehen. Wirtschaftlich gesehen sind Bürger Konsumenten, Arbeitnehmer und ja auch Unternehmer, aber eben nicht nur letzteres. An der Logik der Bürger sollte sich eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ausrichten, selbst wenn dies nicht immer konfliktfrei möglich ist, weshalb der wirtschaftspolitische Diskurs eben auch unerlässlich ist.
12. Eine solche Politik strebt nach stabiler und nachhaltiger Vollbeschäftigung bei möglichst hohem Einkommen, nicht nach möglichst hohem Unternehmensgewinn. Eine solche Politik strebt auch nach Mitbestimmung der Bürger im Unternehmen und Betrieb. Denn auch dort sind Bürger. Eine solche Politik strebt auch nach einer fairen Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt. Denn dort treffen gleichberechtigte Bürger als Unternehmer und Arbeitnehmer aufeinander (Sinn von Tarifverträgen faire Machtbalance)
13. Was aber heißt dies alles im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung? Im Großen heißt dies: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der SPD, erfordern eine wirtschaftspolitische Strategie, die aus Sicht der Bürger auf Offenheit und nicht auf Abschottung setzt.
14. Es geht um die Freiheit des Handels, die Wohlstand schafft. Es geht um die Solidarität mit den Erwerbstätigen auch außerhalb Deutschlands, es geht um gerechten Handel und Austausch. Es geht um eine Demokratisierung von Globalisierung und Digitalisierung.
15. Es geht, dort wo nötig und möglich, um den Aufbau und Nutzung von Institutionen, die politischen Vorstellungen z.B. über Regulierungen umsetzbar werden lassen (TTIP). Es geht somit um die politische Gestaltung dieser Prozesse, die das Gefühl des Ausgeliefertseins bekämpft, das viele bei rechtspopulistischen Parteien Zuflucht suchen lässt, deren vermeintlich starke Männer und Frauen mit autoritärem Gehabe den Eindruck erwecken, sie allein könnten die angeblich verlorene Kontrolle über unser Land wieder herstellen.

16. Es geht aber vor um eine Wirtschaftspolitik, die im Sinne einer verstärkten Teilhabe an den Früchten der Globalisierung und Digitalisierung den Wohlstandsgewinn gerecht verteilt. Hieran hat es im letzten Jahrzehnt gemangelt und dies darf als Ergebnis eines weit verbreiteten Neoliberalismus gesehen werden. .
17. Eine solche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik impliziert ein Bekenntnis zur EU und dem Euro, verbunden aber mit der Forderung nach deren institutionellen Umgestaltung. Die SPD sollte eine Richtung verstärkter Integration einschlagen, aber die Integration muss nach einer anderen Logik als bisher, nämlich die der europäischen Bürger gestaltet werden.
18. Neben der Integration des Handels- und des Kapitalverkehrs und gilt es daher mit gleicher Wertigkeit ein soziales Europa aufzubauen. Dazu bedarf es einer veränderten europäischen wirtschaftspolitischen Zielhierarchie, nach der die SPD im Verbund mit der europäischen Sozialdemokratie und gegebenenfalls im Konflikt mit anderen Parteien streben sollte. .
19. Bislang stehen aus europäischer Sicht die Wahrung der Preisstabilität und die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Vordergrund. Beide sind zwar für sich genommen richtig. Sie müssen jedoch gleichberechtigt in einen breiteren Zielkatalog eingebettet werden, um nicht zu gravierenden ökonomischen Schief lagen zu führen, da Konflikte mit anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nicht auszuschließen sind. Hier sind vor allem Beschäftigungs-, Verteilungs-, und ökologische Zielsetzungen sowie die Wahrung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zu nennen, auf die sich die EU als gleichrangige Ziele verständigen müsste. Zwar spielen diese Vorstellungen derzeit bereits jetzt an verschiedenen Stellen im institutionellen Rahmen der EU eine Rolle. In der faktischen Zielhierarchie und vor allem in der praktischen Politik werden sie jedoch nachrangig behandelt. Im Ergebnis stellt sich eine Asymmetrie zu Gunsten restriktiver makroökonomischer Politik ein.
20. Nicht zu vereinbaren ist mit einem breiteren Zielkatalog auch, dass einzelne Länder Steuer- und Regulierungswettbewerb mit dem Ziel betreiben, Wachstum und Beschäftigung in ihrem eigenen Land auf Kosten der Handelspartner zu erhöhen. Aus europäischer Perspektive werden durch die induzierten Steuersenkungen die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen geschwächt. Zudem wird das Ziel einer gerechteren Verteilung durch die einseitige Begünstigung

von Unternehmen und das Unterlaufen von z. B. Arbeitsmarktregulierungen verletzt.

21. Sinnvoll wäre es die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron und der EU-Kommission aufzugreifen. Dazu gehört, eine eigene europäische finanzpolitische Instanz zu begründen. Diese sollte mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Investitionen durchführen zu können, die aus europäischer Perspektive sinnvoll sind und damit den Wohlstand in der EU insgesamt erhöhen. Es geht hier primär um europäische öffentliche Güter. Dazu gehört auch eine Initiative Kommunen finanziell zu stärken, wenn sie gleichzeitig dazu beitragen, Flüchtlinge zu integrieren.
22. Die derzeitige faktische Fokussierung auf die Staatsfinanzen, gesamteuropäische Preisstabilität und – in abgeschwächter Form – auf außenwirtschaftliche Ungleichgewichte hat sich denn auch in der jüngeren Vergangenheit durchaus bereits als schädlich erwiesen. Nicht zuletzt deshalb waren schließlich die europäisch determinierten Anpassungsstrategien vor allem für Griechenland von massiven Ungleichheitstendenzen und Beschäftigungsproblemen begleitet. Ein solches Vorgehen schmälert verständlicherweise in weiten Kreisen der Bevölkerung die Akzeptanz europäischer Politik und trägt damit zur politischen Erosion des Integrationsprozesses bei. Eine solche Politik sollte in Zukunft nicht mehr im Namen Europas vertreten werden können.
23. Eine solche Sichtweise hat auch Konsequenzen für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Deutschland. Auch hier geht es um Politik für die Bürger. Das bedeutet konkret die durch die Agenda 2010 erzeugte Schiefelage in der Machtbalance muss durch Stärkung der Tarifparteien korrigiert werden. Hier sind schon viele Schritte wie die Einführung des Mindestlohns und die wieder stärkere Regulierung der Leiharbeit geschehen. Weitere Schritte müssen folgen, denn die Entwicklung der Löhne bleibt immer noch tendenziell hinter den Gewinnen zurück.

24. Die gewachsene Ungleichheit ist ein Skandal, der durch die Verteuerung des Wohnens noch verschärft wird. Es gibt aber nicht die eine Maßnahme, die dies korrigieren kann. Vielmehr gäbe es eine weite Palette, aus der die SPD auswählen könnte. Steuersenkungen gehören nicht dazu, denn sie bevorzugen höhere Einkommen.

Die Starken beteiligen	Die Mitte stärken	Die Armut vermindern
1 Unternehmensgewinne effektiver besteuern	9 Das Tarifsystem stärken	13 Mindestlohn schneller steigern
2 Finanztransaktionen besteuern	10 Staatsausgaben verteilungsgerecht gestalten	14 Prekäre Beschäftigung eindämmen
3 Private Steuerhinterziehung verfolgen	11 Mehr Kindergeld statt Familien- oder Ehegattensplitting	15 Gesetzliche Rente stärken
4 Kapitalerträge wieder progressiv besteuern	12 Ein bedingungsloses Kapitaleinkommen	16 Langzeitarbeitslose nicht zurücklassen
5 Spitzensteuersatz wieder anheben		
6 Reaktivierung der Vermögensteuer		
7 Erbschaft- und Schenkungsteuer ohne Privilegien		
8 Reform der Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer		

Quelle: IMK.



25. Will die SPD überleben, muss ihre Wirtschaftspolitik wieder als sozialdemokratisch erkennbar sein. Dies kann gelingen wenn sich neu im Sinne der Bürgerinnen und Bürger fokussiert sowie Globalisierung und Digitalisierung nicht als ergeben hinzunehmende Markttendenzen, sondern als sozialdemokratische Gestaltungsaufgabe versteht.